

**BÜRGERMEISTER FÜR UMWELT,
BÜRGERDIENSTE UND INTEGRATION**

Heidelberg

Stadt Heidelberg Postfach 10 55 20 69045 Heidelberg

An die Mitglieder des
Gemeinderates und
Ausländerrates/Migrationsrates

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Unser Zeichen
16.3

Amt / Dienststelle
Amt für Chancengleichheit

Verwaltungsgebäude
Bürgeramt Mitte
Bergheimer Str. 69

Bearbeitet von
Brigitte Klingler

Zimmer
02

Telefon
06221 58-15 530

Telefax
06221 58-49160

E-Mail
Brigitte.klingler
@heidelberg.de

Datum
07. Juli 2016

**Antworten auf die in der Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates
vom 30.06.2016 beschlossenen Vorschläge zum Aktionsplan
(BV 0190/2016)**

Stadt Heidelberg
Postfach 10 55 20
69045 Heidelberg

Bürgerservice:
Telefon 06221 58-10580
Telefax 06221 58-4620600
stadt@heidelberg.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit am
05.07.2016 habe ich Ihnen bei der Behandlung des
Tagesordnungspunktes 4 „Aktionsplan – Offen für Vielfalt und
Chancengleichheit – Ansporn für alle“ (DS: 0190/2016/BV) mitgeteilt, dass
das Ergebnis der Ausländerrates/Migrationsrates auf die o.g.
Verwaltungsvorlage „einstimmig Zustimmung zur Beschlussempfehlung
mit Arbeitsauftrag“ (siehe Seite 2.4) lautete.
Wie versprochen übersende ich Ihnen hiermit die Antworten der
Verwaltung auf die dort vorgebrachten Vorschläge zum Aktionsplan:

Sparkasse Heidelberg
IBAN: DE14 6725 0020 0000 0240 07
BIC: SOLADES1HDB

So erreichen Sie uns:
Buslinie 32
Straßenbahnlinie 22
Buslinie 35
(Römerstraße)

Vorschlag 1 Herr Polunin:

**Transparenz bei der Wohnungsvergabe bei den
Wohnbaugesellschaften:**

Im Aktionsplan finden sich bereits im Handlungsfeld Abbau von
Alltagsdiskriminierung unter dem Ziel: „Ausgrenzung und Diskriminierung
auf dem Wohnungsmarkt entgegen wirken“, drei Maßnahmen zum Thema:
Nr. 38 (Stärkung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens auf dem
Heidelberger Wohnungsmarkt), 39 (Begleitung bei der Wohnungssuche –
mehr Vertrauen bei den Vermieterinnen und Vermietern schaffen) sowie
40 (Einrichtung einer freiwilligen Mediationsstelle bei Konflikten auf dem
Wohnungsmarkt), mit denen deutlich mehr Transparenz bei der
Wohnungssuche geschaffen werden kann.

Es wird eine öffentliche gut wahrnehmbare Fachdiskussion angestrebt, die
sich mit dem gewünschten Thema beschäftigt, indem die Methoden auf
ihre Zieltauglichkeit hin geprüft werden. Maßnahme 39 wird bereits sehr
effektiv durch das Projekt „Mov' in Heidelberg“ umgesetzt und bei
Maßnahme 40 wird bei Zustimmung durch den Gemeinderat mit dem



Mieterverein ein Konzept für eine Mediationsstelle erarbeitet. Darüber hinaus sieht die Wohnungsbaugesellschaft FLÜWO bereits einen Compliance-Beauftragten vor. Für Wohnungen, für die es Belegungs- und Mietpreisbindung gibt, sind die Vorgaben öffentlich: Wohnberechtigungsscheine erhält man in den Bürgerämtern und kann sie online unter <http://www.heidelberg.de/hd,Lde/HD/Rathaus/Buergeraemter.html> (Formulare und Online-Dienste) abrufen. Bei genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften gehört z.B. als Voraussetzung dazu, dass man Genossenschaftsanteile besitzt.

Kriterien für die Wohnungsvergabe hängen demnach von der individuellen Situation (Familienstand, Anzahl der Kinder, Einkommen usw.) und den entsprechenden Fördergrundsätzen ab. Jede Wohnungsbaugesellschaft hat einen Service zur Wohnberatung und gibt unter FAQ Antworten auf häufig gestellte Fragen.

Wenn sich Personen benachteiligt fühlen, können sie sich jederzeit an das Amt für Chancengleichheit oder auch an den Mieterverein wenden. Aber schon allein durch die Aufnahme dieses Themas im Aktionsplan ist künftig noch mehr Transparenz gegeben.

Vorschlag 2 Herr Polunin:

Verbesserung der Wohnsituation von studentischen Familien mit Kindern:

Dieser Vorschlag ist bereits als Maßnahme 42.1 "Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen" im Aktionsplan im Handlungsfeld Abbau von Alltagsdiskriminierung unter oben genanntem Ziel vorhanden.

Der Gemeinderat hat die Verwaltung beauftragt, ein „Handlungsprogramm Wohnen“ zu erstellen, um die wohnungspolitischen Aktivitäten der Stadt zu bündeln. Ein Schwerpunkt ist der bezahlbare Wohnraum für unterschiedliche Nutzergruppen. Dazu gehören Studierende und studentische Familien. Darüber hinaus sind auch insbesondere die Angebote des Studierendenwerks mit zu berücksichtigen.

Vorschlag 3 Frau Mechler-Dupouey:

Größere Einbindung der MSO in der Projektumsetzung

Die Gestaltung der Projektumsetzung ist grundsätzlich Angelegenheit der Projektbeauftragten. Schon jetzt können diejenigen, die MSO einbinden möchten, eine Liste möglicher Ansprechpersonen bekommen. Derzeit gibt es ca. 93 MSO's und Studierendenvereinigungen in Heidelberg. Sowohl das Amt für Chancengleichheit als auch das Interkulturelle Zentrum können dazu angesprochen werden. Der Aktionsplan bietet mit der Maßnahme 47 im Handlungsfeld Abbau von Alltagsdiskriminierung unter dem Ziel „Den gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Leistungen stärken“ eine gute Gelegenheit an einer Orientierungshilfe Diversität mitzuarbeiten. Eine entsprechende Mitwirkung ist bereits eingeplant.

Vorschlag 4 Frau Mechler-Dupouey:

a) Förderung der Mehrsprachigkeit (und der einfachen Sprache), b) Ausweitung der Vermittlung der Herkunftssprache

Der Vorschlag a) findet sich bereits im Aktionsplan im Handlungsfeld unter dem Ziel „Durch Aufklärungsarbeit zum Abbau von Alltagsdiskriminierung beitragen“ bei Maßnahme 8 (Nach Zielgruppen differenzierte Öffentlichkeitsarbeit bestehender Angebote) und 9 (Diskriminierungsfreie Sprache und Formulare...) wieder.

b) Die Vermittlung der Herkunftssprache ausweiten wird beim Amt für Chancengleichheit im Rahmen der Projektförderung aus dem Fonds zur Arbeit mit ausländischen Kindern und Jugendlichen (40.000 Euro) gewährleistet. Im Jahr 2015 wurden 57% der Projekte, im Jahr 2016 43% der Projekte gefördert, die diesen Schwerpunkt beinhalteten.

Im Rahmen der Diskussion wurde noch für die Schaffung einer Beratungsstelle für ältere Migrantinnen und Migranten sowie für Familien, die ältere, pflegebedürftige Angehörige versorgen, plädiert. Hierzu können wir mitteilen, dass am 17.02.2016 im Rahmen der Infoveranstaltung über Zuschüsse vom Amt für Chancengleichheit, das Amt für Soziales und Senioren das Projekt „Interkulturelle Öffnung der Seniorenzentren“ vorgestellt hat. Seniorenzentren sind zentrale Beratungsstellen und werden gerade

qualifiziert, um eine entsprechende Beratung bereitstellen zu können. Damit wird dieser Anregung durch die Stadtverwaltung bereits nachgekommen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading 'Wolfgang Erichson'. The script is cursive and fluid, with the first name 'Wolfgang' written in a larger, more prominent style than the last name 'Erichson'.

Wolfgang Erichson